

«Es darf nicht sein, dass die Gemeinde zuletzt informiert wird»

Der SGV hat wiederholt verlangt, dass Standortgemeinden der Bundesasylzentren früh informiert werden. Giffers Gemeindepräsident Othmar Neuhaus erzählt, wie er vom Verkauf der «Guglera» erfahren hat.

«Kurz vorher wurde ruchbar, dass wir im Gemeinderat hohen Besuch zu erwarten hatten. Bevor die offizielle Einladung des Kantons ohne Angabe des Betreffs auf dem Tisch lag, ist auch eine E-Mail eingetroffen. Da konnten wir eins und eins zusammenzählen.

Offiziell informiert über den Standortentscheid für das Bundesasylzentrum bei uns in Giffers wurde der Gemeinderat am Montag, den 9. Februar 2015. Völlig ausser Acht gelassen wurde dabei, dass auch Nachbargemeinden betroffen sind, denn das geplante Bundesasylzentrum befindet sich unmittelbar an der Gemeindegrenze von Giffers und Rechthalten. Unweit davon liegen die Gemeinden Brünisried, Plasselb und Oberschrot. Den Gemeindepräsidenten von Rechthalten haben wir dann selber eingeladen.

Kommen, informieren und gehen

Ich habe an der Sitzung, als wir über den Kauf des privaten Instituts, eines ehemaligen Mädcheninternats, informiert wurden, verlangt, dass die Bevölkerung so schnell als möglich informiert wird. Unsere Bürger sollten den Entscheid nicht aus der Presse erfahren. Wir hätten eigentlich erwartet, dass die Bundesvertreter hier ein Kommunikationskonzept in der Tasche hätten. Die Mitteilung an die Bevölkerung und die Einladung zur Infoveranstaltung lag dann am selben Tag in den Briefkästen der Bürgerinnen und Bürger, wie es in der Presse zu lesen und am Radio zu hören war. Mein Telefon hat hernach schier ununterbrochen geklingelt. Es waren Interviewanfragen der Medien, aber auch besorgte Leute aus unserer Gemeinde.

Ich hatte den Eindruck, dass die Delegation mit der Freiburger Staatsrätin Anne-Claude Demierre und den Vertretern der Bundesämter für Migration und Bauten und Logistik nach Giffers kommt, kurz informiert und hernach wieder ver-



Othmar Neuhaus, Ammann von Giffers.

Bild: zvg

schwindet. Der hohe Besuch ist von der Basis weit entfernt. Jetzt sind die Gemeinderäte und die Gemeindeverwaltungen der Gemeinden gefordert. Sie müssen mit den Ängsten und Befürchtungen der Bevölkerung umgehen. Seitens der Verantwortlichen lag auch kein Kommunikationskonzept vor. Die Frage ist, wie wir als Gemeinde behandelt werden. Unter Partnerschaft stelle ich mir etwas anderes vor. So stösst man jedenfalls kaum auf Akzeptanz.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Die Spannweite der Reaktionen aus der Bevölkerung ist gross. Wir haben bereits anonyme Drohschreiben erhalten. Es gibt aber auch andere, die sagen, die Asylbewerber müssen ja irgendwo hin. Unsere Leute wollen vor allem wissen: Was unternimmt ihr jetzt und wo liegt der Nutzen für unsere Gemeinde und für unsere Region? Ein solches Zentrum ist ja nicht gerade imagefördernd.

Was mich ärgert ist, dass wir zuletzt informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Sonst heisst es ja immer, alle drei Staatsebenen, also Bund, Kanton und die Gemeinden arbeiten

partnerschaftlich zusammen. Hier trifft dies überhaupt nicht zu. Bei einem solch einschneidenden Entscheid müssen die Gemeinde und gegebenenfalls weitere betroffene Gemeinden frühzeitig involviert werden. Denn wir müssen zwangsläufig mit Konsequenzen rechnen, auch finanzieller Art, etwa wenn es um Gemeindeinfrastrukturen geht. Zudem müssen wir uns der teils heftigen Kritik stellen.

Als Gemeinde kann man nicht abschätzen, welche Hypothek man da aufgeladen bekommt. Welche Auswirkung so ein Entscheid hat, darüber machen sich die hohen Damen und Herren aus Bern und Freiburg auch keine Gedanken. Es nützt mir doch nichts, wenn mir die Staatsrätin ihre Visitenkarte in die Hand drückt

und sagt, ich könne jederzeit anrufen. Ich habe den Eindruck, es interessiert eigentlich niemanden, was bei uns in Giffers passiert. Es scheint, man wollte den Deal unter Dach und Fach bringen, bevor man die Gemeinde informiert. Die Gemeinden gehören frühzeitig an den Tisch. Denn wir müssen die Konsequenzen tragen.

Es ist schon klar, dass wir uns wohl zuerst gegen den Standortentscheid gewehrt hätten. Das ist auch in anderen Gemeinden so gewesen. Ich bin aber überzeugt, es wäre anders gelaufen, wenn wir vorher informiert worden wären. Ändern können wir diesen Entscheid ja kaum. Aber wir hätten unsere Bedürfnisse frühzeitig einbringen können und hätten den Entscheid nach einer gewissen Zeit auch mittragen können. Es ist sinnlos, Energie für Widerstand zu vergeuden, der nichts nützt; so wie es jetzt gelaufen ist, fühlen wir uns im Stich gelassen.

»

Aufgezeichnet: czd